

6./VII. 1919

Die neue Lehrerfürsorge in Wien.**400 Kr. Vorschuß anlässlich der Bezirksratswahlen.**

(Aus Wiener Lehrerkreisen.)

Die meisten Wiener Blätter berichteten gestern: Auf Vorschlag des Obmannes des sozialdemokratischen Lehrervereines J. Washuber beim Bürgermeister Reumann wird der Lehrerschaft noch vor Schluß 400 Kronen Vorschuß ausbezahlt werden.

Bekanntlich wurde durch den Einspruch Glöckels die Ausbezahlung der neuen Bezüge der Wiener Lehrerschaft verschleppt. Vier Monate wartet die Lehrerschaft vergeblich auf die erhöhten Bezüge. Bei etwas gutem Willen hätten die Berechnungen bis 1. Juli beendet sein können. Nun gewährt der Herr Bürgermeister vier Tage vor den Lehrwahlen auf die abgemachte Fürsprache StR. Hellmanns und Washubers einen Vorschuß von 400 Kronen, damit die Lehrerschaft Montag sozialdemokratisch wähle. 400 Kronen Stimmgeld, das später in Raten abgezogen wird! Denn die junge Lehrerschaft bekommt keine Nachzahlung, sie muß vielmehr einige Kronen zurückgeben, wenn das neue Gehaltsgesetz in Kraft tritt, also auch den Vorschuß ratenweise tilgen.

Die Angelegenheit hat aber einen tieferen Hintergrund. In der letzten Lehrerkurienitzung erklärte der Delegierte Frisch (Christl. L.-B.), daß die Lehrerkurie den Zustand, den die gegenwärtige Gemeinderatsmehrheit geschaffen hat, nicht anerkennen dürfe: Reinigungsfrauen, Pferdewärter und Weichensteller erhalten schon nach dem ersten Dienstjahr um 170 Kronen monatlich mehr, als die junge Lehrerschaft nach dem neuen Gesetze; Gasarbeiter rangieren über den Bürgerschuldirektoren. Deshalb verlangte Bürgereschullehrer Frisch eine Neuregelung der Bezüge, so zwar, daß das Einkommen der Lehrerschaft in Einklang gebracht werde mit der Befoldung der „Mamullen“.

Ferner verlangte er die Ausbezahlung der Neubezüge am 1. Juli und als Entgelt für die Vorenthaltung des verdienten Arbeitslohnes durch vier Monate einen Anschaffungsbeitrag. Dem stimmte die Kurie zu. Der Antrag kommt zur geschäftsmäßigen Behandlung in den Gehaltsausschuß und dann ins gemeinderätliche Komitee. Gegen Vorschüsse wehrte sich Frisch, da ohnedies über 1000 Lehrpersonen bereits gegenwärtig Vorschüsse in verschiedenster Höhe ratenweise zu tilgen hat.

Trotzdem die Sozialdemokraten davon wußten oder vielmehr weil sie davon wußten, gehen sie ungeachtet einstimmigen Verbots der Lehrerkurie selbständig vor und das Wahlzuckerl, 400 Kr. Vorschuß, kommt aus der Kanne. Nicht mit der zuständigen Kurie verhandelt der Herr Bürgermeister, sondern mit dem Obmann des sozialdemokratischen Lehrervereines. Denn er will nur einen Vorschuß für die Wahlzeit. Die Sozialdemokraten geben es eben viel billiger, d. h. diesmal kostete es nichts. Sie wollen diesen Vorschuß als Neuregelung und Anschaffungsbeitrag betrachten lassen.

Die christlichen Delegierten in der Lehrerkurie werden jedoch nicht locker lassen, bis die Wünsche der Lehrerschaft restlos erfüllt werden.